

[Startseite](#) / [Blog](#)

FDPLer und Jurist bestätigt: "Tatsächlich – ein Errorgesetz!"

Wieso FDP-Mitglied Patrice Martin Zumsteg das PMT ablehnt

15. Mai 2021

Am 13. Juni stimmen wir über das PMT-Gesetz ab. FDP-Mitglied und Jurist Patrice Martin Zumsteg hat das umstrittene Gesetz unter die Lupe genommen und weiss: Es ist gefährlich schlecht.

«Handeln bevor es zu spät ist!» oder «Errorparade der Bundesrätin!»? Bei Abstimmungskämpfen, in welchen mit der Sicherheit der Bevölkerung argumentiert wird, sind die grossen Schlagworte noch schneller ausgesprochen, als es sonst schon der Fall ist. Umso mehr lohnt sich dann jeweils ein genauer Blick auf die Vorlage. Genau dies ist auch beim PMT nötig, über welches wir am 13. Juni 2021 abstimmen werden.

Dazu möchte ich drei Dinge hervorheben:

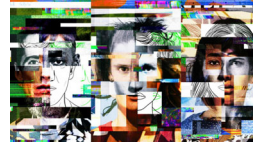
1. Für uns alle gefährlich

Erstens ist die Vorlage gefährlich. Nicht nur weil die neuen Massnahmen auch gegen Kinder ab 12 respektive 15 Jahren (Hausarrest) angewendet werden könnten. Und auch nicht nur deshalb, weil der Gutachter der kantonalen Polizeidirektor*innen festgestellt hat, dass sich der Hausarrest nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) vereinbaren lässt. Nein, die Massnahmen sind für uns alle gefährlich.

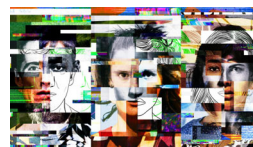
Schauen wir nochmals etwas genauer hin, nämlich in das Protokoll der Debatte des Ständerats vom 9. Dezember 2019. Dort führte Karin Keller-Sutter selbst aus: «Es ist natürlich nicht ganz unbedenklich, wenn man in einem Staat Personen dann einfach nur aufgrund ihrer Gesinnung inhaftiert. Das ist schwierig. Man muss sich immer überlegen, wie es wäre, wenn ein solches Instrument in den Händen des politischen Gegners wäre. Das möchte ich mir also nicht unbedingt vorstellen müssen.»

Das Problem hier ist, dass genau dies hätte geschehen müssen. Die Mitglieder des Bundesrats und des Parlaments hätten sich vorstellen müssen, wie sie die neuen Möglichkeiten des Bundesamts für Polizei beurteilen würden, wenn sie plötzlich als Gefährder*innen eingestuft werden. Hätten Sie es getan, hätten sie hoffentlich gemerkt, dass sie klar zu weit gegangen sind.

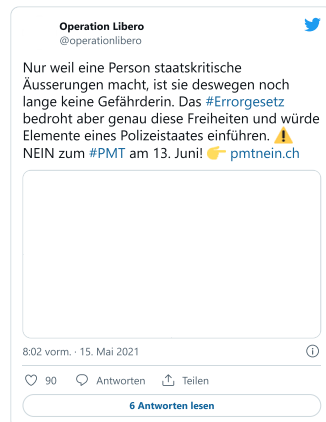
Weitere Beiträge:



NEIN zum Errorgesetz (PMT) am 13. Juni!

[Weiterlesen >](#)


Bist du ein*e Gefährder*in? Finde es heraus mit unserem Gefährder-Tool!

[Weiterlesen >](#)

[Instagram](#) | [Facebook](#)

GEGEN DAS PMT SPENDEN

Gewünschten Betrag wählen:

☐ 15 CHF	☐ 35 CHF
☐ 50 CHF	☒ 100 CHF
☐ 150 CHF	☐ 200 CHF
☐ 250 CHF	☐ 500 CHF
☐ 1000 CHF	☐ CHF

 **JETZT SPENDEN**

Sichere Übermittlung via SSL.

Stand: CHF 20'870 | Ziel: CHF 30'000
Spende gegen das Errorgesetz (PMT).

2. Keine Begrenzung der Macht

Zweitens will die Vorlage Machtausübung ohne Begrenzung. Das PMT verspricht mehr Sicherheit, aber eigentlich schafft es Massnahmen, die dem Bundesamt für Polizei äusserst weitreichende Möglichkeiten geben (Stichwort Hausarrest). Gleichzeitig sind die Begriffe, welche das Gesetz verwendet – Gefährder*in, Aktivität, Begünstigung von Furcht und Schrecken – sehr unbestimmt.

Um sie anwenden zu können, sind Prognosen über die Zukunft nötig. Nach Ansicht des Bundes soll dabei schon das Setzen eines Likes beim falschen Video ein Hinweis auf eine künftige Tat sein.

Das sind nicht einfach «Prognoseunsicherheiten», wie die Jurist*innen von Karin Keller-Sutter schreiben. Das ist Wahrsagerei, die am Ende vor allem eines schafft: Unsicherheit über die Grenzen staatlicher Macht.

— Patrice Zumsteg, FDP-Mitglied und Jurist

Dabei wird das Bundesamt für Polizei auch nicht systematisch durch die Justiz kontrolliert. Eigentlich verlangt das Bundesgericht für Polizeirecht, das zu unbestimmt formuliert ist, eine Kompensation durch standardisierte Verfahren. Diese Anforderung wird umso strenger gehandhabt, je weitreichendere Grundrechtseingriffe möglich sind. Beim PMT müssten also starke verfahrensrechtliche Absicherungen vorhanden sein.

Üblich ist es, eine vorgängige Kontrolle der Massnahmen durch die Gerichte vorzusehen. Die Justiz müsste also vor der Umsetzung der neuen Möglichkeiten im Einzelfall deren Rechtmässigkeit prüfen können. Aber auch das fehlt im PMT. Vielmehr dominiert das Bundesamt für Polizei das Verfahren und ist nur bei der schärfsten Massnahme, dem Hausarrest, auf die Zustimmung eines Gerichts angewiesen.

3. Ohne rechtliche Kompetenz

Drittens will die Vorlage Machtausübung ohne ein Fundament. Sie verspricht mehr Koordination durch den Bund, aber eigentlich schafft sie eine Zentralisierung. Obwohl die Kantone für die Polizei zuständig sind und der Bund keine – nochmals: keine! – verfassungsrechtliche Kompetenz zum Erlass des PMT hatte, will er die neuen Massnahmen bei sich zentralisieren. Föderalismus und Vertrauen in die Kantone? Fehlzanzeige.

In der Vernehmlassung hatten sechs Kantone – Bern, Nidwalden, Obwalden, Schaffhausen, Solothurn und Thurgau – darauf hingewiesen. In der offiziellen Zusammenfassung der Vernehmlassungsantworten, die der Bundesrat im Rahmen seiner Botschaft an das Parlament weiterleitete, fehlt dieser Hinweis aber. Ebenso fehlen Überlegungen dazu in den Erläuterungen des Bundesrats zu Handen der Stimmbürger*innen, dem Abstimmungsbüchlein. Dabei ist eine genügende Verfassungsgrundlage bei der Gesetzgebung zentral. Die Stimmbürgerschaft sollte darüber diskutieren (können), was durch die fehlende Information verhindert wird.

Aus all diesen Gründen muss man nach einem genaueren Blick auf das PMT sagen: Machtausübung ohne Begrenzung und Fundament ist gefährlich und ein Gesetz ohne Fundament und Begrenzung ist tatsächlich – ein Errorgesetz. Deshalb braucht es am 13. Juni 2021 ein deutliches Nein zum PMT!

Patrice Martin Zumsteg ist Mitglied von Operation Libero und der Stadtzürcher FDP. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent für Staats- und Verwaltungsrecht an der ZHAW School of Management and Law, Winterthur, und als Rechtsanwalt in Zürich.

Trage Operation Libero in die Zukunft.

[Werde Mitglied >](#)

Mache unsere Arbeit möglich.

[Spende Zukunft >](#)

Engagiere dich als Freiwillige*r.

[Werde aktiv >](#)

[Errorgesetz \(PMT\)](#)



Operation Libero versteht sich als politische Bewegung, die sich für eine weltoffene und zukunftsgerichtete Schweiz einsetzt. Eine Schweiz, die ein Chancenland ist und kein Freilichtmuseum. Wir beziehen Stellung zu politischen Fragen, informieren und engagieren uns im Einklang mit unseren Zielen und Visionen. Wir leisten einen Beitrag zur politischen Debatte, wollen diese auffrischen, und hinterfragen die Positionen der etablierten Akteure. Wir wollen Themen neu setzen und mit Inhalten überzeugen. Wir haben keine Angst vor der Zukunft und vor Veränderung. Denn wir sind überzeugt, dass die Schweiz ihre besten Zeiten noch vor sich hat.

Operation Libero
3000 Bern
Schweiz
zukunft@operation-libero.ch
<https://www.operation-libero.ch>
Konto: 61-436811-2
IBAN: CH95 0900 0000 6143 6811 2
BIC: POFIGHBE33XXX

[Datenschutz-Policy](#)
[Umgang mit Spenden](#)
[Finanzkennzahlen](#)
[Spenden](#)
[E-Mail-Einstellungen](#)